

# Zurück in die Zukunft der Solidarischen Stadt

## Vorüberlegungen für eine andere Stadtentwicklungspolitik

### 1. Wie die Nordstadt zum Sorgenfall Nr.1 in Dortmund gemacht wurde

Seit 1963 in Dorstfeld das lange Zechensterben anfang, und bis 2001 der letzte Hochofen ausgeblasen war, hat das Verschwinden der großen Industrien aus Dortmund die Nordstadt, als das größte zusammenhängende Arbeiterquartier der Stadt, besonders schwer getroffen. Und seit den sechziger Jahren versucht lokale Politik, die verheerenden Folgen globaler Kapitalstrategien, die man heute gern als „Strukturwandel“ beschönigt, in der Nordstadt mit allerlei Hilfsprogrammen abzumildern. Weit mehr als 100 Mio € aus öffentlichen Kassen sind in diesen fünfzig Jahren in der Nordstadt versickert – doch seit einem halben Jahrhundert ( ! ) blieb die Nordstadt Dortmunds Stadtteil mit den massivsten sozialen Defiziten, mit großem Abstand zu allen anderen Sozialräumen der Stadt.

In den ersten zwei Jahrzehnten versuchte man mit städtebaulicher Aufwertung durch Flächensanierungen Defizite auszugleichen. Man schlug Hauptverkehrsadern und Grünschnitten durch heruntergekommene Gründerzeitblöcke, vergrub Straßenbahnen in der Erde, riss den Schlachthof hinter dem Bahnhof ab und setzte an seine Stelle repräsentative Einrichtungen von regionaler Strahlkraft (Arbeitsamt, Hauptpost, Auslandsgesellschaft, Musikschule, Dietrich-Keuning-Haus) und nach Eving hin das Klinikum Nord und das Naturkundemuseum. An den sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Nordstadt änderte das natürlich nichts. Stattdessen glaubte man, eine städtebauliche Attraktivierung könne die Sozialstruktur der Bevölkerung „gesund durchmischen“ und so die Problemhäufungen sozialverträglich verdünnen.

Als sich in den achtziger Jahren zeigte, dass diese Rechnung nicht aufging, im Gegenteil die Defizite größer wurden, legte man das erste „Nordstadtprogramm“ auf, eine Sammlung von Einzelmaßnahmen „erhaltender Stadterneuerung“ mit Wohnumfeldverbesserungen, Verkehrsberuhigung, Modernisierung von Grünanlagen und Spielplätzen bis zu Zuschüssen an Hauseigentümer für Fassaden und Höfe usw. Tatsächlich machte dies Programm die Nordstadt ansehnlicher, aber die soziale und wirtschaftliche Lage der Bewohner berührte auch das überhaupt nicht. Immer noch beschränkte sich die Stadtspitze auf das Planziel, kaufkräftige Bevölkerungsgruppen in den Bezirk zu locken bzw. dort zu halten.

Gegen Ende des Jahrhunderts ließ sich nicht mehr verheimlichen, dass trotz der Ausweitung des Nordstadtprogramms um sozialpädagogische und schulische Projekte die Lage zu kippen und Teile des Stadtbezirks zu Elendsvierteln abzurutschen drohten. 1995 löste die Sozialforschungsstelle (sfs) mit ihrem „Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ eine erstmals weit über Fachkreise hinausgehende kontroverse Debatte über die skandalösen sozialen Folgen des „Strukturwandels“ nicht nur für Dortmund insgesamt, sondern für die Nordstadt in besonderem Maße aus. Mehrere hochkarätige Konferenzen von Nicht-Regierungs-Organisationen konstatierten eine soziale Spaltung und Polarisierung der Stadtgesellschaft nach Chancen am Arbeitsmarkt, Einkommen, Wohnverhältnissen und weiteren daraus abgeleiteten Merkmalen und kritisierten die Stadtpolitik, sie setze dieser Polarisierung zu wenig entgegen.

Die Stadtspitze reagierte auf diese öffentliche Fundamentalkritik ausgesprochen allergisch, besonders der 1999 ins Rathaus gestolperte neue OB Dr. Langemeyer, damals noch Stadtkämmerer. Doch inzwischen gab es das Landesprogramm NRW „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, wenig später das Bund-Länder-Programm „Soziale

...

Stadt“ und das EU-Förderprogramm URBAN II für Stadtteile in der Krise, und aus allen ließen sich –zig Millionen € in die Nordstadt leiten, die man mit dieser massiven Hilfe von oben vom Schmutzkind zum europäischen Vorbild für gelungenes marktkonformes Krisenmanagement zu wandeln hoffte.

Mit der Bewerbung um diese Fördertöpfe sah sich die Stadtverwaltung erstmals genötigt, eine umfassende datengestützte Strukturanalyse der Nordstadt zu erstellen, was die Teilnehmer der Dortmunder Armutskonferenzen bis dahin vergeblich gefordert hatten. Die Programme selbst aber blieben auf dem Niveau des „integrierten“ Sammelsuriums von Einzelmaßnahmen. Die Hauptursachen der Benachteiligungen eines ganzen Stadtbezirks wurden jetzt zwar klar benannt: Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und wirtschaftlich verursachte Migration – aber die „Lösung“ sahen der OB, seine Wirtschaftsförderer und Planungsdezernent Sierau in Beratung („Hilfe zur Selbsthilfe“), Imageverbesserung („Standortpromotion“) und Förderung „bürgerschaftlichen Engagements“ (Ehrenamt anstatt öffentlicher Dienste). Migrantinnen kamen in diesem Leitbild nur als Verursacher sozialer Spannungen oder aber als Unternehmer vor; die „ethnische Ökonomie“ wurde jetzt zum stärksten Standortfaktor der Nordstadt verklärt.

Als Sierau selbst 2009 Dr. Langemeyer als OB beerbte, erbte er auch die Altlast, für die er seit zehn Jahren schon als oberster Stadtplaner verantwortlich war, die Nordstadt mit allen „integrierten Handlungskonzepten“. Deren letztes datiert vom Juni 2009, zwei Monate vor Sieraus Wahl zum neuen OB. Es knüpfte an das 2008 ausgelaufene URBAN-II-Programm an und schrieb es mit derselben Zielsetzung und unveränderten Schwerpunkten fort.

Doch schon einen Monat nach der Wahl, im September 2009 sahen Sierau und sein Verwaltungsvorstand sich veranlasst, auf alarmierende Medienberichte über aktuell zugespitzte Problemlagen und Konflikte in der Nordstadt wiederum äußerst gereizt mit einem neuen „Integrierten Stufenkonzept für eine Lebenswerte Nordstadt“ zu reagieren. Es stellt dem „Schlechtreden“ des Stadtteils in der Öffentlichkeit die amtliche Einschätzung entgegen, die früheren Programme hätten „das Innen- und Außenimage (der Nordstadt) deutlich positiv verändert.“ Dieser jüngste Katalog listet alle noch laufenden Maßnahmen der früheren Programme auf und schreibt sie fort, ergänzt sie um einige auch ohne zusätzliche Haushaltsmittel machbare Bausteine und erweitert sie um vieles Wünschbare, für das aber kein öffentliches Geld in Sicht ist, und das infolgedessen nichts zur Besserung der Verhältnisse beitragen wird.

So rundet sich das Bild zu einem Kompendium alles dessen, was aus amtlicher Sicht heute die „Soziale Stadt“ ausmachen soll. Viele dieser Maßnahmen sind einzeln bewertet nützlich, so manche unabdingbar notwendig. – Allerdings setzt sich nun eine politische Linie bis in die oberste Verwaltungsetage durch, die sich schon im URBAN-II-Programm abzeichnete: An der Spitze des ganzen Sammelsuriums wird der frühere Schwerpunkt „städtebauliche Aufwertung“ verdrängt von den Themen „Sauberkeit“ und „Sicherheit“. Als „benachteiligte Bevölkerungsgruppen“ gelten dieser Law-and-Order-Linie nur noch Suchtkranke, Prostituierte, Schulabbrecher und andere „Randgruppen“ mit „Integrationshemmnissen“ (Migrantinnen). „Bürgerbeteiligung“ steht jetzt hoch im Kurs – aber als Ehrenamt zur Entlastung des städtischen Haushalts nach dem Motto „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.“

Damit wird unverkennbar populistisch die aktuelle Debatte an den Stammtischen bedient – vor den gemeinsamen Ursachen aller Notlagen des Stadtteils hat diese geschäftige Flickschusterei nun vollends kapituliert.

## 2. Stadtpolitik für Yuppies, Woopies und Dinks? – Nein, für Alle!

Was sozial engagierte Dortmunder-innen schon lange wissen, hat der Sozialstrukturatlas der Stadt 2005 mit Zahlen und Maßen bewiesen: Wie das Stadtgebiet in mehr oder weniger scharf abgegrenzte Quartiere zerfällt, die sich nach Bauweisen und Infrastrukturausstattung deutlich unterscheiden, so zerfällt die Stadtgesellschaft nach den Lebenslagen und –chancen ihrer Bewohner-innen in die (südliche) „Oberstadt“ des Wohlstands und Anstands und die (nördliche) „Unterstadt“ der Proleten, Prekarisierten und Abgehängten.

Rund 5 bis 6 % der Stadtbevölkerung (ca. 31.000 Personen Daten von 2005) bilden die "oberen Zehntausend", die amtlich als „reich“ gelten (Pro-Kopf-Einkommen mehr als das doppelte Durchschnittseinkommen); etwa ein Viertel bis ein Drittel der Einwohnerschaft lebt an und unter der Armutsgrenze (50 % des Durchschnittseinkommens), prekarisiert, vielfach ausgeschlossen von gesellschaftlicher Teilhabe; die zwei Drittel zwischen Oben und Unten erleben, wie ihre noch auskömmlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse immer unsicherer werden, abrutschen in Richtung Hartz IV.

Etwa seit der Jahrtausendwende hat die gesamte Dortmunder Oberschicht – fast ausnahmslos! – sich auf ein gemeinsames Leitbild der Stadtentwicklung geeinigt („Dortmunder Konsens“). Es zielt darauf ab, überdurchschnittlich qualifizierten, unternehmerischen und einkommensstarken (Neu-) Bürgern den angemessenen Lebensraum zu bieten. Die amerikanische Stadtsoziologie kennzeichnet derlei Sozialschichten als „Yuppies“ (Young-urban-professionals), „Woopies“ (Well-off-older-people) „Dinks“ (Double-income-no-kids) u.ä., also Leute mit Geld, gehobenen Ansprüchen und entsprechendem Konsumverhalten. Auf dieses Publikum und seine Bedürfnisse haben Langemeyer, Sierau und Wirtschaftsförderer Mager tatsächlich die gesamte Stadtpolitik zugeschnitten. Was nicht in dieses Leitbild passt, wird auf das gesetzliche Minimum zurückgefahren.

Die Nordstadt bildet also keine Ausnahme von einer ansonsten sozial ausgewogenen gesamtstädtischen Strategie, sondern den unteren Extrempol auf der Skala der benachteiligten Sozialräume. Am anderen Ende der Skala liegen die Wohngegenden mit den „guten Adressen“ wie Syburg, Holzen, Höchsten, Kirchhörde, Lücklemburg, Löttringhausen, Sölderholz, Lichtendorf, Aplerbeck-Süd, Menglinghausen, Holthausen, Südliche Gartenstadt u.a. Ihnen bescheinigt der Sozialstrukturatlas fünf- bis neunmal geringere Arbeitslosen-, Sozialtransfer- und Migrantenquoten als um den Nordmarkt und den Borsigplatz (2005), aber die Durchschnittseinkommen liegen in den Nobelvierteln bis zu viermal höher als am Nordmarkt (Daten von 2001); entsprechend krass unterscheiden sich die Wohnverhältnisse.

Und wie in allen vom Kapitalismus geprägten Städten trachtet auch in Dortmund die „bessere Gesellschaft“ mit allen Mitteln der Stadtpolitik, in ihren privilegierten Vierteln unter sich zu bleiben. Sie erreicht dies vornehmlich über den Immobilienmarkt. Die Stadtpitze unterstützt sie darin und strebt selbst erklärtermaßen danach, solche exklusiven Wohlstandsinseln auszuweiten, wo immer möglich: von der Stadtkrone Ost über Phoenix-West und Phoenixsee, den alten Flughafen Hohenbuschei bis zum geplanten Umbau der Hörder Altstadt usw.

Im Kampf um eben diese Methoden, Instrumente und Ressourcen der Stadtpolitik entscheidet sich, ob Dortmund in Zukunft immer mehr zur gespaltenen, zwei-, drei- oder

vierteilten Stadt wird, in der die Einen gut leben, weil Anderen ein menschenwürdiges Leben vorenthalten wird – oder ob Dortmund sich zu einem solidarischen Gemeinwesen entwickeln kann, das allen seinen Mitgliedern gleichen Zugang zu seinen Reichtümern bietet. Dies ist für uns Linke die Grundfrage der Stadtentwicklung.

### 3. Die Grundzüge der solidarischen Stadt

Solidarität findet im politisch-ideologischen Koordinatensystem unserer Stadtspitzen nicht mehr statt. Wir können aber schon einige Eckpunkte für ein alternatives Leitbild der Stadtentwicklung benennen.

- **Die Stadt muß Gemeinwesen („Kommune“) werden.**  
Ein Gemeinwesen funktioniert nicht nach dem Prinzip Jeder-gegen-jeden, sein Funktionsprinzip ist dem "Standortwettbewerb" genau entgegengesetzt. Ein Gemeinwesen hat wesentlich andere Aufgaben als ein Wirtschaftsunternehmen. Während (solange) Unternehmen in Konkurrenz um höchste Renditen und Marktanteile ihre Stärken stärken und Schwache aussondern, hat das solidarische Gemeinwesen Disparitäten auszugleichen, Privilegien und Benachteiligungen abzubauen, Chancengleichheit herzustellen. Eine Stadtverwaltung, die sich als Förderer der Starken im Wettbewerb definiert, versäumt ihre wesentlichen Aufgaben.
- **Gerechte Verteilung**  
Solange die wirtschaftliche Basis des Gemeinwesens expandierte, konnte man mithilfe realer Zuwächse Verteilungskonflikte vermeiden oder wenigstens dämpfen. Denn so lange konnte jede-r am Mehrprodukt teilhaben: die Starken viel, die Schwachen auch ein wenig. Ob das gerecht war oder nicht, die Frage stellte sich erst dringlich, seit das Wachstum an Grenzen stößt. Jetzt stellt sie sich.
- **Unsere Stärke sind die Menschen. Und zwar alle.**  
Die De-Industrialisierung hinterließ in Dortmund nicht nur ein riesiges Potential an Brachflächen, sondern ein noch viel größeres an brachliegendem "Humankapital". Die Leuchttürme der oberen Zehntausend verstellen uns den Blick auf alles, was 50.000 Arbeitsuchende, viele tausend ältere Fachleute, 30.000 ehrenamtlich Tätige sofort und mit relativ bescheidenen Mitteln erschaffen könnten. Die eigentliche, heute nötige und sofort mögliche Innovation besteht darin, der Politik "Beine" zu machen: daß sie diesen Menschen die Mittel an die Hand gibt, die ihrer Schöpferkraft zur Entfaltung fehlen.
- **Stärkung des Gemeineigentums statt Privatisierung öffentlicher Einrichtungen**  
Das riesige Leistungspotential dieser Menschen wird nicht über Hochtechnologieparks, sondern in erster Linie über lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe erschlossen. Der Vielfalt der Kooperationsbeziehungen in einer solidarischen Kommunalwirtschaft entsprechen vielfältige Eigentums- und Rechtsformen. Sie ersetzen nicht den kapitalistisch organisierten Sektor, aber die vielfältigen Formen des Gemeineigentums müssen Vorrang vor dem kapitalistischen Eigentum an Produktionsmitteln bekommen.
- **Beschäftigungsförderung vor Wirtschaftsförderung**  
Der kapitalistische Sektor kann sich selbst finanzieren. Selbsthilfe der Bürger außerhalb des ersten Arbeitsmarktes hingegen braucht die notwendige Anschubfinanzierung vom Staat, der Kommune und öffentlichen Einrichtungen wie Arbeitslosenversicherung, Sparkasse, Stiftungen u.a. Das zu organisieren ist die ökonomische Hauptaufgabe des solidarischen Gemeinwesens Stadt. Hier muß und kann eine Strategie der Veränderung sofort ihre Hebel ansetzen.

#### 4. Was wir tun sollten

Eine Politik, die sich vor allem auf Solidarität als gemeinsame Selbstbestimmung gründet, also ein Gemeinwesen, das seine Lebensverhältnisse selbst, demokratisch und sozial gerecht regelt – das nämlich meinte das Grundgesetz mit der kommunalen Selbstverwaltung, von der kaum noch etwas geblieben ist ! – so eine Politik kann auch in Dortmund nur von „unten“, in Opposition zur herrschenden Oberschicht entstehen.

Wenn Ex-OB Langemeyer hoffte, wenige Monate vor dem Wahltag 2009 seine Wiederwahl mit einem "Aktionsplan Soziale Stadt" retten zu können, dann hat er das wohl geahnt. Und wenn das schief ging, dann nicht, weil sein Manöver zu durchsichtig war – die Dortmunder „Eliten“ griffen begeistert nach dem Wahlgeschenk – sondern weil aus der Hochglanzverpackung ein altes Hamsterrad zum Vorschein kam, bemalt mit dem Spruch „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott“, das darf nichts kosten, denn nach der Wahl geht ja die alte Klientelpolitik für die oberen Zehntausend weiter.

Ein umfassendes, solides Alternativkonzept der Stadtentwicklung wird uns weder von oben als Wahlgeschenk gewährt, noch kann eine einzelne Partei oder Initiative es entwerfen. Solidarische Politik muß solidarisch erarbeitet und durchgesetzt werden. In offener, gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen vielen, unabhängig ihre Ansprüche und Interessen vertretenden Teilen der Stadtgesellschaft.

Solidarische Politik - als Gegenentwurf zum "aktivierenden Staat" ebenso wie zum individuellen Durchwursteln - steht der Interessenlage der Unterschichten am nächsten. Auch wenn diese aufgrund ihrer vielfachen Benachteiligungen denkbar schlechte Voraussetzungen zur Selbstorganisation mitbringen. Im konkreten deckt sich deren Interesse auch mit besitzstandswahrenden Forderungen der Mittelschichten. Hier bieten sich von Fall zu Fall, in engen Grenzen, Bündnismöglichkeiten mit demokratischen Parteien und reformbereiten Verbänden.

Wenn die Spaltung der Stadtgesellschaft vor allem von Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und darin begründeten Wohnverhältnissen verursacht wird, muß solidarische Stadtentwicklungspolitik vor allem anderen diese Ursachen bekämpfen. Wer behauptet, das liege außerhalb der kommunalen Möglichkeiten, lügt, um sich herauszureden. Trotz aller Fesseln, welche die staatlichen und wirtschaftlichen Bedingungen im Land den Kommunen heute anlegen, kann die Stadt dennoch viel mehr gegen Arbeitslosigkeit, Armut und schlechte Wohnverhältnisse tun, als Neoliberale ihr zugestehen wollen. Und zwar auch schon bevor in Bund und Land andere Mehrheiten für eine solidarischere Politik zustande kommen.

Die oben skizzierten Grundzüge einer anderen Stadtentwicklungspolitik konkretisieren sich in Forderungen, über die wir uns mit möglichst vielen Partnern verständigen sollten. Diese Forderungen gelten zuallererst für die 13 am meisten benachteiligten Sozialräume, die auch Langemeyers Aktionsplan identifiziert hat. Darum sollten wir mit den Gesprächen in der Nordstadt und über die Nordstadt beginnen.

- Arbeit auch außerhalb des kapitalistischen Arbeitsmarktes: öffentlich geförderte zwangsfreie Beschäftigung in der „Solidarischen Ökonomie“, Dortmund soll „europäische Modellstadt der Beschäftigungsförderung“ werden, wie es bereits der Sozialbericht von 1995 forderte. Ausbildung für alle Jugendlichen.
- Armutsbekämpfung durch großzügige Handhabung der Sozialtransfers, z.B. bei den

Kosten der Unterkunft.

- Gleichwertige Lebensbedingungen und soziale Infrastrukturen in allen Stadtteilen.
- Das Solidarische Dortmund sorgt sich ums Klima und für eine gesunde Umwelt.
- Bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen für Alle in allen Stadtteilen. Ausbau der städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbestände. Nutzung von Vorkaufsrechten gegenüber Wohnungsspekulanten.
- Mobilität und Erreichbarkeit nachhaltig und sozial.
- Integration aller Bevölkerungsgruppen durch Bildung, Basisdemokratie und Konfliktmoderation.

Wolf Stammnitz, im März 2011